Lund's Milch-Seife
Dresdner Kaiserl. Gebr. Pfund
Dresden.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Simon's Annen-Hof
Dresden
(im Centrum der Stadt).
Vorzügliches
Mittelstands-Hôtel
für Geschäfts- und Vergnügungs-Reisende, Familien und Touristen.
Mässige Preise.
Gutes Restaurant
Bürgerl. Pilsner.

Turfhüte
letzte Pariser Modelle zur
Sport-Festwoche
empfiehlt das Putz- und Modewaarenhaus
Strohhut-Fabrik C. Heinrich Barthel Waisenhausstr. 30

Sonnen-Schirme
in grösster Auswahl
Schirmfabrik C. A. Petschke,
Wilsdrufferstr. 17, Annenstr. 9 (Stadthaus).

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Solide, elegante deutsche und englische Tuchwaaren
empfiehlt in grossartigster Auswahl billigst C. H. Hesse, 20 Marienstrasse 20, Ecke Margarethenstrasse (3 Raben).

Nr. 134. Spiegel: Novelle zum preuß. Vereinsgesetz. Hofnachrichten. Meißner Dom. Sportfestwoche. Ferienkolonien. Stadtverordnetensitzung. Leipziger Ausstellung. Gerichtsverhandlungen. Lotterieliste. | Muthmaßliche Witterung: Trübe, kühl, aufbessernd. | Sonnabend, 15. Mai.

Politisches.

Mit der Veröffentlichung der preußischen Vereinsgesetznovelle ist die weitaus wichtigste politische Angelegenheit der ganzen parlamentarischen Tagung auf die Tagesordnung gelangt. Ein Kampf von der Leidenschaftlichkeit, wie er vor zwei Jahren bei der Umsturzvorlage entbrannt ist, wird durch die Frage entfacht werden, ob das Bedürfniß nach einem verstärkten Schutz gegen die umstürzlerische Propaganda wenigstens auf dem Gebiete des preußischen Vereins- und Versammlungsrechts befriedigt werden soll. Alle diejenigen staatserhaltenden Elemente, welche die Befriedigung dieses Bedürfnisses für die dringlichste Aufgabe der Reichs- wie der Landesgesetzgebung halten, werden die Vorlage in ihrem Grundgedanken mit lebhafter Genugthuung begrüßen. Die Regierung erkennt mit der Novelle die unabweisliche Nothwendigkeit an, daß die Staatsbehörden fernerhin nicht mehr ruhig zusehen dürfen, wie die sozialdemokratischen Agitationen den Umsturz der bestehenden Ordnung vorbereiten. Sie giebt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Autorität des Gesetzes geschädigt und das Rechtsgefühl des Volkes verwirrt wird, wenn man offenkundig staats- und gemeingefährliche Bestrebungen in Versammlungen und Vereinen gewähren läßt, und sie bekundet zugleich den entschiedenen Willen, sich Mittel zu verschaffen, die geeignet sind, mit ungleich größerer Kraft als bisher den umstürzlerischen Bewegungen entgegenzutreten. Die Bedeutung des Vorgehens der preußischen Regierung besteht nicht sowohl in den Gesetzesvorschlägen, die zunächst nur auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens die drohenden Gefahren treffen sollen, sondern in der Thatsache, daß die Staatsgewalten endlich bereit sind, die erste Voraussetzung für das Ermannen des Volkes gegenüber dem Umsturz und für den Zusammenschluß aller nationalen, staatserhaltenden Kräfte zur Abwehr der Sozialdemokratie dadurch zu erfüllen, daß sie in diesem Kampfe durch die Anbahnung einer zielbewußten, energischen antisozialdemokratischen Aktionspolitik die Führung übernehmen und hiermit wieder in den breitesten Schichten der Bevölkerung die Gefährlichkeit des revolutionären Sozialismus zum Bewußtsein bringen. Denn darauf kommt es zunächst vor Allem an, daß der Staat, wie einst in der Begründung des alten Bismarck'schen Sozialistengesetzes hervorgehoben wurde, nicht in der Bevölkerung die Ueberzeugung entweder von seiner Ohnmacht oder der Berechtigung der Sozialdemokratie aufkommen lassen darf. Hat doch bereits im Volke die Befürchtung Platz gegriffen, daß der Staat der Aufgabe nicht mehr genüge, die durch die Sozialdemokratie bedrohte Rechtsordnung zu schützen und den revolutionären Strömungen Schranken zu ziehen.

Die Regierung hat sich der von den beiden konservativen Fraktionen vertretenen Auffassung angeschlossen, daß der bloße Ausschluß der Minderjährigen aus den politischen Versammlungen und Vereinen nicht hinreichende Aequivalente für die besonders der Sozialdemokratie zugute kommenden Wirkungen der Aufhebung des Verbots der Verbindung politischer Vereine biete, sondern daß die Novelle wirksame Bestimmungen enthalten müsse, auf Grund deren Versammlungen und Vereine, die den Umsturzbestrebungen dienen, aufgelöst werden können. Immerhin bringt auch schon das Verbot der Theilnahme Minderjähriger an politischen Versammlungen und Vereinen einen erheblichen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustande. Denn es war bisher in Preußen ein sehr bedauerlicher Mangel, daß unreife jugendliche Elemente von Veranstaltungen, die darauf ausgingen, die Grundlagen unserer Staatsordnung und Kultur zu untergraben, nicht ferngehalten werden konnten. Daß kaum der Schule entwachsene Grünschnäbel nicht berechtigt sein sollen, an dem politischen Leben theilzunehmen, und noch weniger, wie es jetzt leider so oft geschieht, in Versammlungen in lärmender Weise das große Wort zu führen, wird wohl nur von den Sozialdemokraten und von solchen Berufsagitatoren bestritten werden, die, wie u. A. auch die Radauantisemiten, ihre politischen Geschäfte nur mit unlauteren demagogischen Mitteln in einträglicher Weise betreiben können. Der Schwerpunkt der Novelle liegt jedoch in den Artikeln I und III. Wenn nach dem geltenden Gesetz vom 11. März 1850 Versammlungen in der Hauptsache nur aufgelöst werden dürfen, wenn „darin Anträge und Vorschläge erörtert werden, welche eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalten", so sollen nach Artikel I des vorliegenden Gesetzentwurfs Versammlungen aufgelöst werden können, wenn sie die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates oder den öffentlichen Frieden gefährden. Während ferner nach dem geltenden Rechte eine endgiltige Schließung von Vereinen nur durch die Gerichte erfolgen konnte, soll in Zukunft die Befugniß hierzu den Landespolizeibehörden zugewiesen werden, und zwar soll nach Artikel III der Novelle diese Befugniß für solche Vereine gelten, deren Zweck oder Thätigkeit den Strafgesetzen zuwiderläuft oder die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates oder den öffentlichen Frieden gefährdet.

Bei der Begründung und Vertretung der Novelle wird es in der Hauptsache die Aufgabe der Regierung sein, die Begriffe, auf die es bei diesen Bestimmungen ausschließlich ankommt — Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, der Sicherheit des Staates und des öffentlichen Friedens —, so zu definiren und zu erläutern, daß unzweideutig und klar hervorgeht, es handele sich bei den den Polizeibehörden zugewiesenen Vollmachten lediglich um die Bekämpfung sozialdemokratischer und anarchistischer Bestrebungen. Der Hauptfehler bei der Begründung der Umsturzvorlage hatte darin bestanden, daß der Regierungsvertreter von vornherein versichert hatte, diese richte sich nicht direkt und ausschließlich gegen die Umsturzparteien. Wenn der preußischen Vereinsgesetznovelle nicht das klägliche Schicksal ihrer Vorgängerin im Reichstage beschieden sein soll, so muß die preußische Regierung vor Allem den Muth haben, offen und rückhaltlos zu erklären, daß nur die Agitationen ausgesprochen sozialdemokratischer und anarchistischer Tendenz getroffen werden sollen. Unter allen Umständen wird dafür gesorgt werden müssen, die Bestimmungen der Artikel I und III, insoweit sie etwa nach der Begründung der Vorlage und nach den Erklärungen der Regierung noch eine Dehnbarkeit zulassen, so zu präzisiren und eventuell entsprechende Kautelen zu schaffen, daß die Möglichkeit, es könnten die den Polizeibehörden zuerkannten Befugnisse auch gegen nichtsozialdemokratische Parteien mißbraucht werden, ausgeschlossen erscheint.

Die Chancen der Vorlage sind um so größer, je energischer die preußische Regierung von Anfang an den unbeugsamen Willen bekundet, alle Hindernisse und Widerstände zu brechen, um den Kampf gegen den Umsturz, der mit der Vereinsgesetznovelle begonnen wird, durchzuführen. Vor Allem darf sie nicht davor zurückschrecken, im Lager der Opposition alle diejenigen antinationalen und internationalen Parteien vereinigt zu sehen, die sich in den letzten sieben Jahren vorzugsweise berufen fühlten, die Reichstagspolitik zu stützen und zu vertreten. Auf der ganzen Linie der Demokratie, der bürgerlichen, der klerikalen und der sozialen, wird bereits mobil gemacht, nicht um den Mißbrauch der verfassungsmäßigen Freiheiten und staatsbürgerlichen Rechte zu verhüten, sondern um Stellung dagegen zu nehmen, daß dieser Mißbrauch eingedämmt werden kann. Da sich die Kohorten des Triumvirats Lieber-Richter-Singer bewußt sind, daß im preußischen Landtage für ihre Zwecke eine Mehrheit nicht zu haben ist, so bemühen sie sich, den Kampf im Reichstage auszukämpfen. Im preußischen Abgeordnetenhause, das im Ganzen 433 Mitglieder zählt, verfügen die beiden konservativen Fraktionen mit Einschluß einiger konservativer Wilder über 209 Stimmen, sodaß nur noch 8 Stimmen an der absoluten Mehrheit (217) fehlen würden. Von den 86 Mitgliedern der nationalliberalen Partei, die den Ausschlag giebt, ist aber kaum zu erwarten, daß sie geschlossen gegen die Novelle stimmen werden. In der Budgetkommission des Reichstags sind bereits Unterschriften gesammelt worden, um sofort im Reichstage das Vorgehen Preußens zur Sprache zu bringen, und zwar soll dies dadurch ermöglicht werden, daß der Initiativantrag auf Erlaß eines Nothgesetzes zur Aufhebung des Verbots der Verbindung politischer Vereine wiederholt wird. Im Bewußtsein, alle wahrhaft nationalen, staatserhaltenden Kräfte hinter sich zu haben, wird sich hoffentlich die preußische Regierung von der als richtig erkannten Bahn dadurch nicht abdrängen lassen, daß das Centrum und seine freisinnige und sozialdemokratische Gefolgschaft drohen, bei der Führung der Reichsangelegenheiten ferner ihre Mitwirkung zu versagen. Die Aussicht, daß diese Mitwirkung endlich aufhört, wird das Zustandekommen der Vereinsgesetznovelle nicht erschweren, sondern erleichtern.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 14. Mai.

*Konstantinopel. Der Minister des Aeußeren theilte dem Doyen der Botschafter mit, daß Domokos nach schwachem Wiederstande seitens drei oder vier griechischer Bataillone genommen worden sei. Die griechische Armee habe sich schon vorher zurückgezogen.

Berlin. Der Kolonialrath wird zum 24. ds. Mts. einberufen. — In der gestrigen Sitzung des Vorstands des Vereins der Berliner Getreidehändler wurde wegen der angedrohten Auflösung der Versammlung im Feenpalast noch kein Beschluß gefaßt; wahrscheinlich wird der Rechtsweg beschritten. — Die Zeitungsnachricht, daß Mitglieder aus Kriegervereinen ausgeschlossen worden seien, da sie Mitglieder des Bauernvereins „Nordost" seien, wird jetzt vom Vorstand des deutschen Kriegerbundes General v. Spitz als Unwahrheit bezeichnet.

Hamburg. Briefen des Stabsarztes Sander zufolge ist im nördlichen Owambolande die Rinderpest ausgebrochen. Auch sind einige Soldaten der Schutztruppe am Tropenfieber gestorben.

Köln. Die „Köln. Ztg." wendet sich in einer Besprechung der Novelle zum Vereinsgesetz gegen die Umgebung des Kaisers, deren Ziel es sei, Gegensätze zwischen dem Kaiser und der Regierung zu schaffen oder zu erweitern, um die ihr verhaßten begabten Staatsmänner zu stürzen und sich der Staatsleitung zu bemächtigen. Erleichtert werde dieses Intriguenspiel durch den Umstand, daß der Kaiser von Männern aus junkerlichen Milieus umgeben sei, welche die hochherzigen Ideen des Monarchen nicht verstehen, während diejenigen Staatsmänner, welche die Ideen des Monarchen verantwortlich auszuführen haben, jenen dauernden Einfluß der Umgebung zu bekämpfen haben. Wie bei den Marineforderungen, suche man auch bei der Vereinsnovelle den Konfliktsstoff zu vermehren. Aus manchen auffallenden Aeußerungen müsse man herauslesen, welche große Macht in den leitenden Kreisen die Vorstellung besitzt, es werde nothwendig sein, eine sozialistische Volkserhebung eines Tages mit bewaffneter Macht niederzuschlagen. Bei dieser Vorstellung hat jene Gruppe mit großem Eifer eingesetzt und neue Verwirrung angerichtet.

Wiesbaden. Kapellmeister Luser, ein allgemein geachteter und beliebter Künstler, hat sich wegen eines unheilbaren Halsleidens das Leben genommen, indem er sich in den Rhein stürzte.

Coburg. Herzog Alfred hat Herrn v. Schön mit der Führung der Hoftheater-Intendantur betraut und zum Oberhofmarschall mit dem Prädikat Excellenz ernannt.

Wien. Der Fürst und die Fürstin von Bulgarien befanden sich auf der Reise zu den Leichenfeierlichkeiten der Herzogin von Alençon und des Herzogs von Aumale in großer Gefahr. Der bulgarische Separathofzug hatte am Mittwoch Nachmittag auf der Fahrt durch Serbien in der Nähe der Station Jagodina einen Zusammenstoß mit einem serbischen Postzuge, der von den übelsten Folgen begleitet gewesen wäre, wenn nicht die Zugführer beider Züge schon in größerer Entfernung die Gefahr wahrgenommen und die Bremsen in Funktion gesetzt hätten. Trotzdem konnte der Zusammenstoß nicht verhindert werden, da der Hofzug in rasender Schnelligkeit dahinfuhr, doch wurde der Anprall wesentlich gemindert. Der Fürst, die Fürstin und die Personen des Gefolges blieben unverletzt. Die Maschine des serbischen Postzuges wurde beschädigt. — Infolge der Concordatsverhandlungen zwischen Serbien und dem Vatikan hat Bischof Stroßmayer von Diakovar seine Demission als Bischof von Serbien gegeben, die von dem Vatikan angenommen wurde.

Lemberg. Ein polnisches Blatt meldet aus Warschau, dort sei eine Engelmacherin verhaftet worden, die in einer vornehm eingerichteten Wohnung in einem eigens hierzu erbauten Ofen die ihrer Pflege anvertrauten Kinder verbrannte.

Paris. Heute fand in der Kirche St. Philipp y Roule unter zahlreicher Betheiligung die Leichenfeier für die Herzogin von Alençon statt. Der in der Mitte der Kirche errichtete Katafalk war mit den Wappenschildern des Hauses Alençon und des bayerischen Königshauses geschmückt, während, entsprechend dem Wunsche der Verstorbenen, weder Blumen noch Kreuze zum Trauerschmuck verwendet worden waren, dagegen waren zahlreiche Bänder mit verschiedenen Inschriften niedergelegt, namentlich solche des Erbprinzen und der Erbprinzessin von Hohenzollern und des Prinzregenten Luitpold von Bayern. Um den Katafalk waren versammelt der Herzog von Alençon, der noch einen Verband um den Kopf trug, der Herzog und die Herzogin Vendome, der Graf von Flandern, Prinz Alfons von Bayern, der Fürst und die Fürstin von Bulgarien, Prinz und Prinzessin Waldemar von Dänemark, die Gräfin von Paris, der König von Neapel und die Königin Isabella, ferner der österreichische und der deutsche Botschafter, Fürst und Fürstin Radziwill als offizielle Vertreter des Kaisers und der Kaiserin.

Paris. Man glaubt, daß die Türkei eine Kriegsentschädigung von 78 Millionen Francs verlangen wird. Die Mächte würden Griechenland in keiner Weise verpflichten, sich durch Auslieferung seiner Flotte loszukaufen. Wenn aber Griechenland die Entschädigung in Geld zahlt, werden die Mächte eine Punktation festlegen, welche die Wahrung der Rechte der früheren Gläubiger Griechenlands gestattet. Es scheint sich zu bestätigen, daß die Türkei in Unterhandlungen erst nach der Einnahme von Domokos eintreten wird, das die Griechen zu räumen beginnen.

Paris. Die Blätter bringen Einzelheiten über das Verhalten der Herren bei dem Brande des Wohlthätigkeitsbazars. Es wird versichert, daß die Männer vor den furchtbarsten Gewaltthaten nicht zurückschreckten, um sich selbst in Sicherheit zu bringen. Sie hieben mit Fäusten und Stöcken auf die Damen ein, die sich gleichfalls zu retten suchten und ihre rasche Flucht hinderten. Sie warfen sie über den Haufen, stampften sie nieder, traten über sie hinweg und gelangten so in's Freie. Der Ausschuß bestand aus 30 Herren, die alle zur Stelle waren und Dienst thaten; keiner von ihnen ist auf der Wahlstatt geblieben.

Amsterdam. Seit mehreren Tagen herrscht an der holländischen Küste schwerer Sturm, welchem zahlreiche Schiffe zum Opfer gefallen sind. Eine große Menge Frauen und Kinder, deren Angehörige ausgefahren waren, stand an der Küste und mußte mit ansehen, wie zwei Fahrzeuge mit je 6 Mann Besatzung an der Küste untergingen.

London. Unterhaus. Der erste Lord des Schatzes theilte mit, der Sultan habe dem britischen Botschafter in Konstantinopel angezeigt, daß er aus Anlaß des Jubiläums der Königin eine Mission nach England entsenden werde. — Der Staatssekretär für Indien giebt die Ausgabe von 3½ Millionen Pfund Sterling 2½prozentiger indischer Anleihen zum Minimalsubskriptionskurs von 96 bekannt. Anmeldungen werden bis zum 21. Mai bei der Bank von England entgegengenommen.

London. Der „Daily Telegraph" erfährt, die Mächte seien übereingekommen, der Türkei eine Kriegsentschädigung von 120 Millionen Francs und eine Berichtigung der thessalischen Grenze zuzugestehen.

Petersburg. In der Nähe Dorpats entgleiste ein Personenzug, 7 Waggons wurden zertrümmert. Viele Reisende sollen verwundet sein. Es wurden von hier aus 20 Militärärzte nach der Unglücksstätte gesandt.

Konstantinopel. Auf die Nachricht von dem Erscheinen griechischer Freibeuterschiffe vor verschiedenen Inseln des ägäischen Archipels ertheilte die Pforte dem Kommandanten des Dardanellen-Geschwaders Befehl, die Freibeuter verfolgen zu lassen. Nach einer Depesche des Kommandanten hätten nun die von der Verfolgung zurückkehrenden türkischen Schiffe 11 Segler eingebracht, welche versucht hätten, Landungsplätze herzurichten. — Eine Depesche aus Larissa meldet, daß die von Pharsala abgegangene Division mehrere Dörfer einnahm und sich im Vormarsch befindet. — Demselben Blatte zufolge sei die Einnahme von Domokos jede Stunde zu erwarten.

Konstantinopel. Die Pforte hat den Botschaftern auf das Anerbieten einer Vermittelung im griechisch-türkischen Streitfall mitgetheilt, es werde dem Sultan nach dem Beiramfest möglich sein, in Verhandlungen über diese Frage einzutreten.

New-York. Für den nächsten Montag wird eine besondere Botschaft des Präsidenten Mac Kinley an den Kongreß betreffs Kubas erwartet, in welchem auf die beklagenswerthe Lage vieler Bürger der Vereinigten Staaten hingewiesen und die Ergreifung sofortiger Maßnahmen in deren Interesse empfohlen wird.

Washington. Die heutige Kommissionssitzung des Postkongresses hat den deutschen Vorschlag auf wesentliche Erleichterungen in Betreff der Transitvergütungen mit einigen unbedeutenden Aenderungen angenommen.

Die heutige Berliner Börse verkehrte in fester Haltung. Das Geschäft bewegte sich freilich in engen Grenzen, da die Spekulation sich nach wie vor zurückhält. Eine Abschwächung, die im weiteren Verlaufe der Börse eintrat, wurde bald überwunden und die Börse blieb in fester Haltung. Anregend wirkten namentlich Gerüchte, daß die Dresdner Bank ihr Kapital erhöhen wolle, ferner günstige Situationsberichte aus den verschiedenen Industriegebieten. Die Meinung, daß der Krieg zwischen der Türkei und Griechenland so gut wie beendet sei, bleibt bestehen und regt ebenfalls an. Namentlich wurde davon gesprochen, daß die Türkei nach dem Kriege mit deutschen Bankinstituten eine neue Anleihe abschließen werde. In erster Linie waren daraufhin Bankaktien beachtet und lebhaft. Zu höheren Kursen umgesetzt wurden besonders Kommanditantheile, Deutsche Bank und Dresdner Bank.

Friedrich & Glöckner
str. 15, Schäferstr. 12, Bautznerstr. 27b, Pieschen und Löbtau.
streichf. Oelfarben, Lacke, Firnisse, trockene Farben, Zwinger-